

# WOCHENBERICHT

DES

## INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

HERAUSGEBER: PROF. DR. ERNST WAGEMANN

4. JAHRGANG

BERLIN, DEN 2. DEZEMBER 1931

NUMMER 36

Nachdruck und Vervielfältigung sowie schriftliche, telegraphische und telephonische Verbreitung — auch auszugsweise — ohne besondere Genehmigung nicht zulässig

WAGEMANN

### DAS DEVALVATIONSPROBLEM

Gegenüber einem abgrundtiefen Pessimismus, der allmählich alle Kreise der Wirtschaft erfaßt hat, wird der Volkswirt zu einem ähnlichen Trost greifen können wie der Arzt, der einem Patienten klar macht, daß sein Leiden nicht organischer, sondern nur funktioneller Art sei. Er wird auf das Paradoxon verweisen, das diese Krise mehr als jede andere kennzeichnet: niemals ist schärfer als diesmal der „Unfug des wirtschaftlichen Sterbens“ zutage getreten. Inmitten der Überfülle von Arbeitskräften und Produktionskapazitäten, bei überfüllten Lägern von landwirtschaftlichen und industriellen Produkten krachen in der ganzen Welt die Banken und öffentlichen Finanzen, brechen die Unternehmungen zusammen. Die Produktivkräfte sind in keiner Weise geschwächt; wohl aber sind die Regulatoren der Wirtschaft in Unordnung geraten.<sup>1</sup> Nicht die motorischen Kräfte der Wirtschaft sind gestört, sondern ihre Steuerung versagt. Und so ist es ganz folgerichtig, daß die sich bergehoch türmenden Projekte und Programme zur Sanierung zumeist bei den Problemen der Finanzen, des Kredits und der Währung ansetzen. Neuerdings wird insbesondere die Frage der „Devaluation“ erörtert und neben und mit ihr die Forderung der „Abkehr vom Goldstandard“ erhoben. Nachfolgende Ausführungen sollen die Argumente „für“ und „wider“ die einzelnen Projekte gegeneinander abwägen; es sollen vor allem Begriffe geklärt, Materialien geboten und die Gefahrenpunkte aufgedeckt werden.

#### Die Begriffe

Vor allem ist zu beachten, daß Devaluation und Inflation an sich nicht das geringste miteinander zu tun haben. Im Gegenteil, Devaluation verknüpft sich, wenn man die Währungsgeschichte betrachtet, sehr viel häufiger mit einer Deflation.

1. Betrachten wir zunächst das Wesen der „Devaluation“. Man versteht darunter die Minderung des gesetzlichen Außenwerts einer Währung. Sie wird gewöhnlich in der Form durchgeführt, daß das Gesetz den Goldgehalt oder Goldanspruch der Währungseinheit herabsetzt.

Da die deutsche Währung eine Goldwährung ist, deren Parität im Münzgesetz so festgelegt worden ist, daß einem Kilogramm feinen Goldes 2790 RM gleichstehen, so müßte eine Devaluation zu einer Änderung dieser Relation führen. Im Falle einer Devaluation um 20 vH würde festzusetzen sein, daß künftighin einem Kilogramm Feingold 3348 RM entsprechen. Dies würde gleichzeitig zur Folge haben, daß der Kurs der Reichsmark gegenüber den stabilen Goldwährungen der Welt um 20 vH sinkt; der Dollarkurs wäre dann in Berlin statt bei rd. 4,20 RM bei etwas über 5 RM zu halten.

Bisher hat eine Devaluation immer nur zur Stabilisierung einer durch Inflation entwerteten Wäh-

rung gedient. Die Devaluation schloß also eine Periode inflationistischer Ausweitung des Geld- und Kreditvolumens ab. Die Stabilisierung erfolgte dabei in der Regel auf der Grundlage oder doch in der Nähe der im Zeitpunkt der Stabilisierung geltenden Wechselkurse, d. h. meist unter dem Stand der ursprünglichen (gesetzlichen) Parität.

2. Etwas grundsätzlich Anderes ist die „Abkehr vom Goldstandard“. Hierbei wird die gesetzliche Verkoppelung von Währungseinheit und Goldwert überhaupt aufgehoben. Der entscheidende Unterschied gegenüber der Devaluation liegt darin, daß die neue Parität gegenüber Gold und Golddevisen nicht von vornherein festgelegt ist. Daraus ergibt sich ein schwankender Außenwert der Währung. Diese Schwankungen können allerdings durch währungspolitische Maßnahmen begrenzt werden: vorausgesetzt, daß die Stellung der Notenbank stark genug ist, auf dem Devisenmarkt einzugreifen.

Nicht Devaluation, sondern Abkehr vom Goldstandard ist die währungspolitische Maßnahme gewesen, die Großbritannien im September ergriff. Kennzeichnend ist, daß sie den Deflationsdruck bekämpfen sollte. Denn die Währung war in England nicht durch inflationistische Ausdehnung des inländischen Kreditvolumens, sondern durch den überstürzten Abzug von Auslandskrediten gefährdet. Auch Deutschland befindet sich in einer Periode schärfsten Deflationsdrucks. Ähnlich wie in England ist die Lage der Notenbank durch die überstürzten Abzüge ausländischer Kurzkredite gefährdet worden. Devisenbestimmungen und Stillhalteabkommen sollten fürs erste helfen. Dabei konnte es sich naturgemäß nur um eine vorläufige Lösung der schwebenden Fragen handeln.

#### Die Gefahren

Wenn nun von verschiedenen Wirtschaftspolitikern für Deutschland eine endgültige Devaluation der Währung um  $\frac{1}{5}$  bis  $\frac{1}{4}$  oder gar Abkehr vom Goldstandard gefordert wird, so sind hierfür in erster Linie konjunkturpolitische Gesichtspunkte maßgebend. Man hofft, mit dieser Maßnahme den wirtschaftlichen Folgen der Deflation entgegenwirken zu können. Vornehmlich wird hierbei auf die Verbesserung der Kostenrelation gegenüber dem Ausland hingewiesen. Die Exportfähigkeit Deutschlands soll dadurch erhöht werden. Daneben soll — durch Herab-

setzung des Goldanspruchs der Noten — die Bewegungsfreiheit der Reichsbank wieder gewonnen und eine Kreditausweitung ermöglicht werden. Dabei übersieht man, daß Veränderungen des Außenwerts der Währung als solche den Deflationsdruck durchaus nicht beseitigen. Dies würde nur dann der Fall sein, wenn die Kaufkraft auf dem Binnenmarkt zunähme und damit die Preise hochgetrieben würden. Der Rückgang des Außenwerts einer Währung kann aber sowohl von steigendem als auch von gleichbleibendem oder sinkendem Binnenwert begleitet sein. Die

Devaluation könnte also unter Umständen mit einem verschärften Deflationsdruck einhergehen, z. B. dann, wenn sie mit Kreditrestriktionen oder mit Zurückziehung oder Zurückhaltung der Geldkapitalien verbunden wäre, wie es sich zur Zeit in England anzubahnen scheint. Das ist für Deutschland zu befürchten. Es ist jedenfalls fraglich, ob die Tatsache sinkenden Außenwerts der Mark die unfruchtbare Geldhortung, die Kapitalflucht und die Kreditkündigungen so stark vermindern wird, daß die Reichsbank größere Bewegungsfreiheit gewinnt.

## Steigende Ausfuhr?

Als einen der Hauptvorteile einer Devaluation verspricht man sich erhöhte Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf den ausländischen Märkten und damit eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit im Inland. Die Erfüllung dieser Hoffnung setzt jedoch dreierlei voraus:

1. die deutschen Inlandpreise dürfen nach Herabsetzung des Marktwertes überhaupt nicht oder nur wenig steigen,
2. die Auslandsmärkte müßten für einen gesteigerten deutschen Export aufnahmefähig sein,
3. der Export müßte so groß werden, daß er entscheidenden Einfluß auf den Absatz der Produktionswirtschaft erlangt.

Von diesen Voraussetzungen wäre wohl die erste, nämlich exportgünstige Preisrelationen, theoretisch noch am leichtesten zu schaffen. Aber selbst hier ergeben sich so große Schwierigkeiten, daß sich der Endeffekt der Devaluation keineswegs rechnerisch genau vorausbestimmen läßt. Darüber wird in einem besonderen Abschnitt noch zu sprechen sein.

### Die Bedeutung des Exports

Im Jahr 1927 waren rd. 3,2 Millionen Erwerbstätige<sup>1)</sup> mittelbar oder unmittelbar für den Export beschäftigt. Seitdem ist die Ausfuhr (mengenmäßig) um etwa 13 v.H. gestiegen; die Zahl der Erwerbstätigen hat sich ebenfalls etwas erhöht; die Zahl der Arbeitslosen ist beträchtlich angewachsen. Man kann daher über die gegenwärtige Bedeutung der Ausfuhr folgende Schätzung wagen:

In Millionen Personen	Jahresdurchschnitt	
	1927	1931
Für die Ausfuhr mittelbar und unmittelbar beschäftigte Erwerbstätige.....	3,2	rd. 3,6
Arbeitslose.....	1,3	rd. 4,6
Für den Binnenmarkt beschäftigt.	28,2	25,3
<b>Gesamtzahl der Erwerbstätigen (einschl. Selbständige, Angestellte usw.).....</b>	<b>32,7</b>	<b>33,5</b>

Diese Zahlen zeigen, daß die Bedeutung der Ausfuhr für die Gesamtwirtschaft (Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft, Handwerk u. s. w. zusammen) verhältnismäßig gering ist. Die Ausfuhr beschäftigte

	v.H. der Gesamtzahl der Erwerbstätigen	v.H. der tatsächlich Beschäftigten
1927.....	rd. 10	rd. 10
1930.....	rd. 11	rd. 13

<sup>1)</sup> Vgl. Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 1928, Heft 3, Teil A, S. 42

Diese Durchschnittswerte entstehen freilich aus sehr unterschiedlichen Verhältnissen in den einzelnen Wirtschaftsgruppen. Während Landwirtschaft und Handwerk fast garnicht am Export beteiligt sind, erreichen die Ausfuhrquoten einzelner Industrien bereits 1927 50 v.H. und mehr.

Seitdem hat sich der Ausfuhranteil in einzelnen Industrien beträchtlich erhöht, aber eben doch nur mit dem Erfolg, daß gegenwärtig knapp ein Achtel aller Erwerbstätigen Beschäftigung durch die Ausfuhr erhalten. Freilich ist zu berücksichtigen, daß die Industrie infolge ihrer Mechanisierung je Arbeiter mehr Werte „schafft“ als Landwirtschaft und Kleingewerbe. Immerhin ist auch der Anteil der Ausfuhr am Volkseinkommen für die Gegenwart mit kaum viel mehr als einem Sechstel bis höchstens einem Fünftel anzunehmen.

Die Bedeutung der Ausfuhr wird also vielfach überschätzt, weil man meistens nur die Ausfuhrquoten einzelner Industrien vor Augen sieht und dabei vergißt, daß große Teile der Wirtschaft überhaupt nicht exportieren.

### Die Expansionsfähigkeit der Ausfuhr

Dennoch ist die Wichtigkeit einer möglichst hohen Ausfuhr für die deutsche Wirtschaft nicht zu leugnen. Die Frage ist lediglich, inwieweit die Ausfuhr durch Maßnahmen wie eine Devaluation tatsächlich gesteigert werden kann.

Wie an anderer Stelle dieses Wochenberichts ausgeführt wird, schließen sich die Länder mehr und mehr voneinander ab. Das bedeutet naturgemäß, daß auch die deutsche Ausfuhr auf wachsende Schwierigkeiten stoßen wird, und zwar auf Schwierigkeiten, die durch Herabsetzung des Marktwerts nicht überwunden werden können (Devisenzwangswirtschaft im Ausland) oder gar erst besonders gegen Deutschland wirksam werden (Anti-Dumping-Gesetze).

Aber selbst, wenn man davon absieht, dürfen die Möglichkeiten einer Exportsteigerung nicht überschätzt werden. Seit 1927 — also innerhalb von vier Jahren — konnte sich die deutsche Ausfuhr mengenmäßig um 13 v.H. erhöhen. Jedes Jahr konnten im Durchschnitt rd. 100 000 Arbeitskräfte für den Export eingestellt werden. Nimmt man an, daß es Deutschland gelänge, das Tempo der Exportsteigerung trotz der Weltkrise zu verdoppeln, würde das für 1932 immer erst eine Entlastung des Arbeitsmarkts um 200 000 Personen ermöglichen.

Nun kann man das Problem freilich umdrehen und die Verteidigung des augenblicklichen Exportvolumens als gegebenes Hauptziel betrachten. Hier kann vielleicht eine Senkung der Preise manchen Absatzverlust verhüten helfen. Dabei dürfen aber die Erfolge von Preissenkungen in krisen-

haften Situationen nicht überschätzt werden; In den Jahren 1930 und 1931 sind die Exportpreise erheblich gefallen, ohne daß der Rückgang der Exportmengen verhindert werden konnte. Freilich: Halbierung der Preise z. B. würde den Absatz fördern; indes ist dieses Ziel ohne Zerstörung der Binnenwirtschaft nicht durchzuführen.

\*

Wie unterschiedlich die Wirkung einer Devaluation auf den Außenhandel und die Wirtschaftslage ist, zeigt sich aus der gegensätzlichen Entwicklung der letzten Wochen in England und in Nordeuropa. In Großbritannien hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit der Abkehr vom Goldstandard um

178.000 Mann vermindert; davon entfällt freilich mehr als die Hälfte auf Änderung der Versicherungsbestimmungen. In Skandinavien ist die Arbeitslosigkeit im Gegensatz dazu weiter gestiegen. Die günstigen Wirkungen in England ergeben sich aus der besonderen Struktur des Absatzes der englischen Industrie. Die Ausfuhr nimmt an dem Absatz englischer Industriewaren einen besonders hohen Anteil ein, wobei sich der Export vornehmlich auf Länder erstreckt, die entweder selbst beim Goldstandard geblieben sind oder in denen mit Goldwährungsländern konkurriert werden muß. Die Herabsetzung des Pfundkurses war also gleichbedeutend mit einer starken Verbesserung der Exportchancen der englischen Industrie. Die Ausfuhr Skandinaviens hängt im Gegensatz dazu entscheidend von der Aufnahmefähigkeit Großbritanniens ab. Die Abkehr Skandinaviens vom Goldstandard schuf den skandinavischen Industrien zwar einen Vorteil gegenüber den Konkurrenten, die aus Goldwährungsländern nach Großbritannien exportieren; gegenüber der englischen Inlandskonkurrenz machte sie aber nur das, was die Pfundentwertung an Nachteil gebracht hätte, wett.

## Sinkende Einfuhr

Sicherer lassen sich die Wirkungen einer Devaluation auf die Einfuhr beurteilen. Niedrigerer Goldwert der Mark — bei gleichen Nominaleinkommen des Inlands — bedeutet: Zwang zur Verminderung der Einfuhr.

Das wäre zu ertragen, soweit es sich um die Verdrängung der Einfuhr von Waren handelt, die im Inland hergestellt werden können, wengleich auch das bereits Maßnahmen des Auslandes gegen deutsche Waren, also Erschwerung der

Ausfuhr, nach sich ziehen könnte. Nun besteht aber ein überwiegender Teil der Einfuhr aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln, die im Inland nicht hergestellt werden können. Ihre Knappheit würde einerseits die Beschäftigung und die Ausfuhr zahlreicher Industrien (z. B. Textilindustrie, Metallindustrie) verringern, andererseits die Preise auf dem Binnenmarkt entgegen der ursprünglichen Absicht hoch treiben.

## Bessere Handelsbilanz?

Zweifellos würde eine Senkung des Außenwerts der Mark die Handelsbilanz etwas verbessern können. Jedoch dürften die Hoffnungen dabei nicht allzu hoch gespannt werden. Wenn es nämlich gelänge, die Einfuhr stärker zu senken, könnte, auf das Jahr gerechnet, vielleicht ein um einige hundert Millionen RM höherer Aktivsaldo der Handelsbilanz erzielt werden. Das kann bei der gegenwärtigen Anspannung der Zahlungsbilanz nur erwünscht sein. Es ist aber durchaus fraglich, ob dies tatsächlich erreicht würde.

Überdies fragt es sich, ob eine Verbesserung der Handelsbilanz nicht etwa nur auf Kosten des Binnenmarktes erreichbar wäre. Ist nämlich der Produktionsausfall im Inland größer als der „Gewinn“ an der Handelsbilanz, so ist für die volkswirtschaftliche Bilanz im ganzen doch ein „Verlust“ zu buchen. 500 Mill. RM Außenhandelsaldo — um mit einer willkürlichen Zahl zu rechnen — entsprechen noch nicht einmal 1 v.H. des jähr-

lichen Volkseinkommens. Wenn also als Folge währungspolitischer Maßnahmen die inländische Wertschöpfung um nur 1 v.H. beeinträchtigt würde, dann wäre für die Volkswirtschaft im ganzen trotz des Außenhandelsgewinnes ein Nettoausfall an Produktion und Einkommen vorhanden. Diese Überlegung zeigt, daß selbst eine beträchtlich höhere Außenhandelsaktivität noch nicht unbedingt ein volkswirtschaftlicher Gewinn sein muß.

Es unterliegt freilich keinem Zweifel, daß eine Verbesserung der Devisenlage ein großer Gewinn wäre. Selbst aber, wenn man annimmt, daß diese Wirkung als direkte Folge einer Devaluation zunächst eintreten würde, so bleibt die Sorge bestehen, daß später ein Rückschlag kommen muß, wenn als Folge der Maßnahme der Binnenmarkt schrumpft und damit auf Umwegen die Produktions- und Exportwirtschaft.

## Die Preise

Eine Senkung des Außenwerts des Geldes würde die Inlandspreise zunächst und unmittelbar auf allen den Märkten nicht berühren, die weder von der Wareseite her durch die Einfuhr, noch von der Geldseite her durch Verschuldung mit dem Ausland in Zusammenhang stehen. Klar erkennbar und in ihrem Umfang beinahe voraus zu berechnen sind dagegen die Einflüsse, die sich aus der Senkung des Außenwerts des Geldes für die Einfuhr und damit für die Preise der einfuhrabhängigen Industriezweige ergeben. Die deutsche Industrie ist mit einem außerordentlich großen Teil ihrer Rohstoffversorgung vom Ausland abhängig. Leider sind die Zahlen der Rohstoffabhängigkeit (und zwar der Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen) für die einzelnen Industriezweige nicht bekannt. Eine Vorstellung über die Bedeutung der ausländischen Rohstoffe gewinnt man aber, wenn man die Rohstoffeinfuhr

mit den Werten der industriellen Wertschöpfung vergleicht. — Es betrug in Mrd. RM:

	die industrielle Wertschöpfung	die Einfuhr an industriellen Rohstoffen und Halbwaren
1925.....	26	6,0
1926.....	24	4,7
1927.....	32	6,9
1928.....	34	6,9
1929.....	32	6,9
1930.....	26	5,3

Bei dieser Gegenüberstellung erscheinen die Zahlen der Rohstoffeinfuhr aber zu gering, weil in der Betrachtung hier noch große Teile der Fertigwareneinfuhr (im Sinne der Handelsstatistik) z. B. Garne, Leder, Kautschukplatten usw. hinzuzurechnen wären, die in Deutschland noch in den industriellen Produktionsprozeß eingehen. Jedemalls zeigt sich, daß der Anteil der eingeführten

Rohstoffe an den Gesamtkosten der Industrie verhältnismäßig groß sein muß.

Die Erhöhung der Gestehungskosten im Falle einer Devaluation würde bei den einzelnen Industrien voraussichtlich um so größer sein, je höher der Anteil der eingeführten Rohstoffe an den Gesamtkosten ist und je weiter die Entwertung fortschreitet. Extreme Beispiele wären einerseits der Steinkohlenbergbau (der kaum oder nur indirekt ausländische Rohstoffe verwendet) und die Textilindustrie auf der anderen Seite. Wie weit die Erhöhung der Kosten auch in den Preisen eingeholt wird, d. h. wie weit die Erhöhung auf die Käufer abgewälzt werden kann oder von der Industrie selbst getragen werden muß, hängt darüber hinaus von der Marktlage ab.

Eine Tendenz steigender Preise würde bei einer Senkung des Außenwerts des Geldes außerdem in allen denjenigen Industrien zu erwarten sein, die an das Ausland verschuldet sind. Die Zinszahlung und die Rückzahlung der Kredite würde nämlich einen entsprechend höheren Nominalaufwand erforderlich machen.

Wenn und soweit der Aufwand für Rohstoffzufuhr und Zinszahlung an das Ausland bei den einzelnen Industrien aus dem Erlös der Ausfuhr bestritten werden kann, ist die zusätzliche Belastung gering. Sie ist um so geringer, je mehr es gelingt, auf den Auslandsmärkten die gleichen Preise wie bisher zu erzielen. Sie besteht aber auf jeden Fall, weil eine Ausdehnung des Exports, wie man sie sich durch eine Devaluation verspricht, nur den Weg über sinkende Exporterlöse durch Verbilligung der Exportpreise gehen kann. Der Export hätte im übrigen auch die Belastung zu tragen, die auf den für den Binnenmarkt bestimmten Teil des Absatzes entfallen würde. Am stärksten belastet würden alle die Industrien, die ganz überwiegend binnenmarktorientiert und dabei womöglich noch ans Ausland verschuldet sind. Das gilt z. B. von der Textilindustrie.

Wie weit sich alle möglicherweise aus einer Devaluation entstehenden Tendenzen zur Preissteigerung wirklich durchsetzen können, hängt wie gesagt in hohem Grade von der Lage auf den einzelnen Märkten ab. Zunächst steht die durch die bisherige Deflation bedingte Schrumpfung der Nominalkaufkraft allen Preissteigerungen als Gegendruck im Wege. Sicher ist nur das eine, daß diese Kaufkraft der Verbraucher — bei gleichbleibender Kreditversorgung — allein schon deshalb weiter schrumpfen würde, weil die Ausgaben für alle Einfuhrwaren, die zum starren Bedarf gehören (z. B. Kolonialwaren), sich automatisch erhöhen. Je nach dem Grade der Elastizität gilt dies auch für die im Inland erzeugten, aber durch die importierten Rohstoffe preis erhöhten Waren.

Daraus ist zu schließen, daß im Fall einer Devaluation zunächst mit einer Belebung des Binnenmarktes kaum zu rechnen ist. Absatzschrumpfung bedeutet aber für die Industrie Erhöhung der fixen Kosten, damit aber entweder gleichfalls Steigerung der Preise oder Verminderung der Erträge. Das muß natürlich die Möglichkeit schmälern, den Export entsprechend zu steigern. Denn Exportsteigerung ist nur durch Verbilligung zu erreichen. Jedenfalls könnten der

Exportsteigerung allein durch die kostenerhöhende Schrumpfung des Binnenmarktes gewisse Grenzen gezogen werden.

Das bisher Gesagte gilt zunächst nur für die Preise der industriell erzeugten Waren. Anders verhält es sich mit den Preisen der Landwirtschaft, die weder von der Warensseite noch von der Geldseite her mit dem Ausland in Berührung steht. Es ist klar, daß eine Devaluation folgerichtig auch die im Inland abgeschlossenen, auf Gold lautenden Kredite einbeziehen müßte. Denn wäre dies nicht der Fall, so würde sich dadurch die Kreditbelastung der Landwirtschaft noch erhöhen. Nehmen wir daher an, daß die auf Gold lautende Verschuldung der Landwirtschaft von der Devaluation miterfaßt werde. Damit wäre zunächst nichts anderes gewonnen, als daß Preise und Verschuldung nominal auf der jetzigen Höhe verbleiben würden. Eine Bilanzverbesserung der landwirtschaftlichen Betriebe würde das nicht bedeuten. Würde man aber nicht mit einer Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse rechnen können? Wohl kaum, wenn man bedenkt, daß die — nominal gleichbleibende — Kaufkraft der Konsumenten durch die Preiserhöhung der Auslandswaren und der Industrieerzeugnisse stärker in Anspruch genommen würde.

Unübersehbar freilich, aber vielleicht entscheidend, sind allen diesen Erwägungen gegenüber die Einflüsse auf die Preisbewegung, die im Falle einer Devaluation von der Inflationsschulung der deutschen Verbraucher und der deutschen Wirtschaft ausgehen. Es ist leicht möglich, daß schon eine geringe Entwertung der Mark zu überstürzten Preiserhöhungen Anlaß geben würde. Freilich werden es vornehmlich die Dauer-güter sein, die in diesen Strudel gezogen würden. Vom Wohnhaus über die Möbel bis zu den Schuhen wird man vielleicht das alte Bild der Konsumentenstapel wieder auftauchen sehen. Ganz unwahrscheinlich ist es jedoch, daß die landwirtschaftlichen Produkte, die dem laufenden Konsum dienen, von der Flucht in die Sachwerte erfaßt werden. Grenzen wären dieser Entwicklung jedenfalls dadurch gesetzt, daß letzten Endes die Binnenkaufkraft beschränkt bleibt, um so beschränkter, je starrer man an der nominellen Festsetzung aller gebundenen einkommensbestimmenden Werte, vornehmlich der Löhne, der der Mieten und der Tarife festhalten würde.

\*

In erster Linie wird die Flucht in die Sachwerte sich auf dem Aktienmarkt äußern können. In Großbritannien hat das Abgehen vom Goldstandard zu kräftigen Kurssteigerungen der Aktien geführt. In Großbritannien sind die Aktienkurse von der dritten Septemberwoche bis Anfang November nominal teilweise um fast 50 v.H. gestiegen, seitdem allerdings wieder gesunken.

Durch eine Steigerung der Aktienkurse würde die Auftauung der jetzt eingefrorenen Kredite begünstigt werden. Eine Konjunkturanhebung freilich würde nach allen bisherigen Erfahrungen auf solchem Wege nicht zu erreichen sein. Ohnedies wird es viel durchgreifender Maßnahmen bedürfen, um unseren Kreditapparat zu sanieren.

## Auslandsschulden

Auf den ersten Blick sollte man meinen, daß eine Goldminderung der Währung die Last der Auslandsverschuldung nicht steigern könnte, da

die Zahlung der Zinsen und Amortisationen letzten Endes in Waren erfolgt. So viel ist zunächst richtig, daß die Forderungen, die Deutschland an

das Ausland hat, ganz vorwiegend auf fremde Währung lauten, und somit — anders als in England — durch eine Devaluation der Mark kaum verringert werden. Auch Deutschlands Auslandsschulden lauten zum größten Teil nicht auf Mark und werden insofern durch eine Devaluation nicht berohrt. Nimmt man nun an, daß — was sehr zweifelhaft ist, wie wir oben sahen — die Ausfuhr durch eine Devaluation gefördert wird, so würde, im Durchschnitt und Ganzen betrachtet, die deutsche Auslandsverschuldung vermöge einer Devaluation die Wirtschaft nicht schwerer belasten als bisher; wäre im Gegenteil ihre Abtragung nicht erleichtert?

Sieht man näher zu, so erkennt man, daß gerade von dieser Seite her eine weitere schwere Störung in der Produktionssteuerung eintreten würde. Das hängt damit zusammen, daß die Auslandsschulden auf die einzelnen Wirtschaftszweige außerordentlich verschieden verteilt sind. Und so würde zwar in einzelnen Bereichen der Wirtschaft eine Erleichterung des Bilanzstatus eintreten: z. B. bei den Exportindustrien, die hauptsächlich mit inländischen Krediten arbeiten. In großen Teilen der Wirtschaft jedoch würde eine unerträgliche Verschlechterung der privatwirtschaftlichen Bilanzlage eintreten müssen.

\*

Von den langfristigen Auslandsanleihen, die am 31. August 1931 noch im Umlauf waren, entfallen 5,4 Milliarden RM oder 64,1 v.H. auf die-

**Umlauf an Auslandsanleihen am 31. August 1931**  
(z. T. geschätzt)

	in Mill. RM <sup>1)</sup>	in v.H.
Reich . . . . .	2 705,5	31,9
Länder und Gemeinden . . . . .	1 000,0	11,8
Kirchen . . . . .	148,5	1,8
Öffentliche Unternehmungen . . . . .	1 310,8	15,5
Zweckverbände . . . . .	63,9	0,8
Kommunalobligationen . . . . .	207,5	2,4
zus. öffentl. Wirtschaft . . . . .	5 436,2	64,1
Industrieobligationen . . . . .	2 085,9	24,6
Pfandbriefe . . . . .	957,4	11,3
zus. private Wirtschaft. . . . .	3 043,3	35,9
insgesamt . . . . .	8 479,5	100,0

<sup>1)</sup> Die fremden Währungen (auch das englische Pfund) sind mit der Parität umgerechnet.

jenigen Auslandsanleihen, die von Reich, Ländern, Gemeinden, öffentlichen Körperschaften, öffentlichen Unternehmungen und anderen Trägern der öffentlichen Wirtschaft aufgenommen worden sind. An den langfristigen Auslandsanleihen ist die Industrie nur mit 24,6 v.H. beteiligt. Ein Restbetrag von 11,3 v.H. entfällt auf die Landwirtschaft und den städtischen Grundbesitz.

Schuldner der Auslandsanleihen sind also gerade diejenigen Wirtschaftsteile, die von der Devaluation keinerlei Vermehrung ihrer Einnahmen als Ausgleich für die neue „Hinaufwertung“ der Schuldverbindlichkeiten erwarten können. Diese Träger der Auslandsschulden können den Ausgleich für die in Reichsmark erhohnte Belastung für den Dienst der Auslandsschulden nur dadurch finden, daß sie die Steuern und Werkstarife (für die Auslandsanleihen der öffentlichen Unternehmungen) erhöhen.

An den übrigen Auslandsschulden, die nicht in der Form langfristiger Auslandsanleihen aufgenommen sind, ist die private Wirtschaft, die in höheren Einnahmen einen Ausgleich für die höheren Nominalbelastung aus den Auslandsschulden finden könnte, stärker als die öffentliche Wirtschaft beteiligt. Unter diesen übrigen Auslandsschulden spielen die ausländischen Verbindlichkeiten der Banken eine besonders große Rolle. Für die an das Ausland verschuldeten

**Geschätzter Anteil der Auslandsschulden**  
an der gesamten Kreditverschuldung.

Mitte 1931	v. H.
Reich . . . . .	28
Ubrie öffentliche Wirtschaft . . . . .	18
Landwirtschaftl. und städtischer Grundbesitz . . . . .	3
Ubrie Wirtschaft . . . . .	33
davon Banken . . . . .	30

Banken würde die Devaluation einen neuen Passivposten in der Bilanz schaffen, der bei einer Herabwertung der Mark um 20 v.H. bis zu 2 Milliarden RM reichen und somit das Eigenkapital der Banken erheblich überschreiten würde. Bei den starken Devisenverlusten der Banken steht diesem neuen Passivposten nur in sehr geringem Umfange eine bilanzmäßige Erhöhung für auf fremde Währung lautenden Aktiva gegenüber. Die Devaluation würde somit den Banken erneute Schwierigkeiten bereiten.

## Devaluation und Geldkapital

Die Hauptgefahr jeder Devaluation liegt aber darin, daß sie das Übel, unter dem die Wirtschaft heut am meisten leidet, nämlich die Störung der Produktionssteuerung, noch verstärkt. Um dies ganz verständlich zu machen, bedarf es eines kleinen Exkurses.

Die freie Ertrags- und Konkurrenzwirtschaft, die gemeinhin als Kapitalismus bezeichnet wird, hat zu keiner Zeit und in keinem Lande den Produktionsprozeß vor den Störungen zu bewahren vermocht, die periodisch in der Form von Wirtschaftskrisen auftreten. Und doch hat sie dabei Großes geleistet; sie verstand es nämlich, immer wieder aus eigener Kraft den Gesundungsproze zu entwickeln, der aus einer Krise von selbst wieder zum Aufschwung führt. Ein außerordentlich verwickeltes Reaktionsspiel, der sogenannte „Wirtschaftsautomatismus“, verwandelte allemal in verhältnismäßig kurzer Zeit eine in ihren Funk-

tionen gelähmte Volkswirtschaft in einen gesund und kräftig pulsierenden Wirtschaftskörper. Dieser die Störungen immer wieder überwindende Mechanismus scheint jetzt aber selbst gestört zu sein.

Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, daß nach einer Krisendauer von zwei Jahren noch keine Tendenzen wahrzunehmen sind, die auf eine Erholung der schwer ringenden Wirtschaft hindeuten. Die Genesungskrafte scheinen gelähmt zu sein. Insbesondere ist ein Automatismus weitgehend außer Kraft gesetzt, der über das Geld- und Kreditsystem hinweg bisher immer wirksam gewesen ist. Jede Krise ist durch schrumpfende Warenumsatze und sinkende Produktion gekennzeichnet. Diese Einschränkung des Guterkreislaufs ist die Folge eines Liquidationsprozesses, durch den Goldkapitalien freigesetzt werden (insbesondere durch Erhöhung

der Liquidität der Banken); sie werden teilweise aus der Produktionswirtschaft herausgezogen, ohne gleich wieder Anlage zu finden. Das Geldkapital staut sich so gleichsam an. Sein Überfluß in den Banken drängt zu neuer Verwertung, und so entsteht eine entscheidende Voraussetzung für einen neuen Konjunkturanstieg. —

Der Kreditapparat, der bei Beginn einer Krise jedesmal erschüttert zu werden pflegt, schien diesmal davon zunächst ziemlich unberührt zu bleiben. Die Börsenkatastrophe in den Vereinigten Staaten im Herbst 1929 ergab sich inmitten einer Finanzkraft und einer Stärke der Banken, die den schwersten Wirtschaftstürmen gewachsen schien. Wer hätte es daher für möglich gehalten, daß das Kreditwesen ins Schwanken kommen könnte, nachdem der Liquidationsprozeß der Wirtschaft weit fortgeschritten ist. Das Unmögliche ist aber geschehen. Die Kreditkrise, die sonst eine Hochkonjunktur beendet, tritt diesmal nach zwei Jahren stärkster Preis- und Umsatzsenkungen auf. Die Folgen sind kaum ausdenkbar, wenn gerade infolge von Kreditschwierigkeiten eine erneute Baissewelle ausgelöst werden sollte.

Man muß sich darüber klar sein, daß kein Appell an unser Nervensystem das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen vermag. In Deutschland scheint man noch vielfach an die Zauberkraft des Kriegsgeschreis zu glauben: „Wir werden siegen, weil wir siegen müssen!“. Was anders aber erreicht man damit als eine Lähmung des Willens zu nüchterner Reformarbeit! Diese aber muß an den Grundlagen unseres Geld- und Kreditsystems anfangen, das in Deutschland in vielen Stücken veraltet ist. Es hat die Feuerprobe

diese Krise daher nicht bestanden. Die Folge ist ein erschüttertes Vertrauen mit der verhängnisvollen Wirkung, daß die durch den Liquidationsprozeß der Krise freiwerdenden Geldkapitalien sich dem Produktionsprozeß rundweg entziehen.

Nichts wäre daher gefährlicher als eine Maßnahme, die, wie die Devaluation, das Vertrauen noch mehr untergraben würde. Gegenwärtig handelt es sich vor allem um ein tiefgehendes Mißtrauen in das richtige Funktionieren des Kreditapparates.

Es erhebt sich nun aber die entscheidende Frage, ob eine Devaluation nicht auch dem Vertrauen in die Wertsicherheit der Geldkapitalien den Boden entziehen und damit eine Wiedergesundung unendlich erschweren würde.

Jedenfalls besteht die Gefahr, daß die durch die Krise frei werdenden Geldkapitalien sich von der Produktionswirtschaft noch mehr zurückziehen und noch mehr fernhalten als bisher. Wie weit dies geschieht, beruht letzten Endes auf psychologischen Momenten, die schwer abzuschätzen sind. Ganz handgreiflich aber ist folgender Nachteil: Eine Devaluation würde mit den Löhnen und Preisen auch das Geldkapital im Goldwert sinken lassen. Steigen die Preise, wie die Befürworter einer solchen Maßnahme erhoffen, dann sinkt damit der Wirkungsgrad des freien Geldkapitals. Es tritt das Umgekehrte von dem ein, was sonst in einer Depression zu beobachten ist, daß nämlich die Geldkapitalien auf den Warenmärkten immer kaufkräftiger werden. Man kann nicht einwenden, daß die Kreditgeldschöpfung dafür erleichtert werde; wir haben vielmehr gesehen, daß unser Kreditapparat durch eine Devaluation von neuem belastet würde.

---

## KONJUNKTUR-KARTEI

### Deutschland

#### Landwirtschaft

2. 12. 31 (4. 8. 31)

Die deutsche Gesamternte an Brot- und Futtergetreide und an Kartoffeln ist nach den bisherigen Ergebnissen geringer als im Vorjahre ausgefallen. Überdies hat die Qualität des Kornes unter regnerischem Erntewetter gelitten, so daß erhebliche Mengen zum Verkauf unbrauchbar geworden sind und nur durch Verfütterung an wirtschaftseigenes Vieh verwertet werden können. Aus diesem Grund war im neuen Wirtschaftsjahr die Anlieferung an Inlandsware aus neuer Ernte gering. Da ferner die Vorräte aus alter Ernte verbraucht sind und nur wenig Getreide eingeführt wurde, reichte das Gesamtangebot an Getreide im allgemeinen nur zur Befriedigung des laufenden Bedarfs. Die Getreidepreise, die nach der Kreditkrise im Juli und August ungewöhnlich niedrig waren, konnten sich infolgedessen wieder kräftig erholen. (Ende November kostete Weizen 230, Roggen 200, Hafer 154, Futtergerste 175 RM

je t Berliner Notierung ab märkischer Station.) Die Aussichten, daß die feste Haltung der Getreidemärkte anhalten wird, sind günstig.

Auf den Märkten für Tiere und tierische Produkte sind dagegen die Preise weiter außerordentlich scharf zurückgegangen; sie sind gegenwärtig niedriger denn je seit 1924. Die Preiseinbrüche sind für die gesamte deutsche Landwirtschaft von allergrößter Bedeutung, da die Einnahmen aus der Viehwirtschaft gut zwei Drittel der Gesamteinnahmen ausmachen; besonders leiden die Siedler und bäuerlichen Veredlungswirtschaften.

Die starke Verminderung der Verkaufserlöse macht die Erfüllung aller Verpflichtungen, besonders des Zinsendienstes, immer schwieriger. Da überdies noch die Zinssätze für Personalkredite seit der Kreditkrise Mitte Juli gestiegen sind, wachsen die Zinsrückstände stark an. Auch die Zahl der zwangsversteigerten Betriebe ist gestiegen. Zur Entlastung des auf dem Osthilfengebiet liegenden Drucks ist eine Zwangsstillhaltung durch Notverordnung eingeführt worden.

---

Anschrift des Herausgebers: Berlin W15, Kurfürstendamm 193-194, Fernsprecher: Bismarck 7315 — Verlag: Reimar Hobbing, Berlin SW61, Grossbeerenstrasse 17, Fernsprecher: Bergmann 2527 — Pressgesetzlich für die Redaktion verantwortlich: Dr. Theodor Bühler, Berlin — Bezugspreis für den Jahrgang (einschl. Zustellung im Inland) RM. 30.— bzw. (bei vierteljährlicher Zahlung) RM. 7.75 je Vierteljahr. Gedruckt bei H. S. Hermann G. m. b. H., Berlin

*Wöchentliche Übersicht Nr. 36  
siehe im Hauptband!*

## BLOCKIERTE AUSFUHRMÄRKTE

Die Weltkrise hat die Exportmärkte in zunehmendem Grad verschlossen. In allen Erdteilen wird versucht, die noch verfügbare Kaufkraft auf inländische Erzeugnisse zu konzentrieren und Auslandswaren fern zu halten; Zölle wurden erhöht oder gar neu eingeführt; die Gewichtszölle wurden mit sinkenden Preisen immer drückender. Seit Mitte des Jahres hat die Erschütterung der Zahlungsbilanzen fast aller Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas erneute Schwierigkeiten ausgelöst. Durch Kreditkündigungen und Kapitalflucht verloren die Schuldnerländer den größten Teil ihrer Gold- und Devisenreserven; der Devisenbedarf für Zinsen- und Tilgungsdienst kann vielfach kaum mehr gedeckt werden; neue Auslandskredite sind nicht zu beschaffen. Zahlungs- und Handelsbilanz nähern sich immer mehr: Für Auslandszahlungen stehen fast nur noch die Exporterlöse zur Verfügung. Nun begegnet aber die Ausfuhr wachsenden Hemmungen: Die Schuldnerländer stehen vor Schwierigkeiten der Bezahlung, die Gläubigerländer suchen die fremden Waren von ihren eigenen Märkten fernzuhalten. So griffen Schuldner- und Gläubigerländer zu Zöllen und neuer Importdrosselung, die Schuldnerländer außerdem — da die Währungen mehr und mehr in Gefahr geraten — zu staatlicher Devisenkontrolle.

Neben Deutschland haben 16 europäische und 8 überseeische Länder Devisenzwangswirtschaft eingeführt. Die Handhabung dieser Maßnahmen kommt in ihrer Wirkung vielfach staatlichen Ein-

fuhrmonopolen gleich, zumal die Devisenvorschriften der meisten mittel- und südosteuropäischen Länder sowie die der Randstaaten, der Türkei, Persiens und Kolumbiens unmittelbar einfuhrhemmende Bestimmungen enthalten.

Die Devisenvorschriften genügten jedoch nicht, um die Zahlungsbilanzen in Ordnung zu halten. 16 Länder waren genötigt, die Goldwährung aufzugeben; weitere 12 Länder mußten ihre Währungen erheblich unter Parität sinken lassen. Dadurch wurde die Einfuhr weiter erschwert; die ausfuhrfördernden Wirkungen der Währungsentwertung freilich stoßen auf Gegenmaßnahmen der übrigen Länder: Einfuhrkontingente, Anti-Dumping-Gesetze und weitere Zölle.

Von all diesen Maßnahmen, die — einmal begonnen — sich zwangsläufig folgten, dürfte kaum ein Land greifbare Vorteile haben. Höchstens können weitere Schädigungen der Währungen fürs erste verhindert werden. Indes muß diese Entwicklung den Zusammenhang der Weltmärkte zerstören. Das trifft solche Länder, die — wie Deutschland — hauptsächlich auf den Export von Fertigwaren angewiesen sind, besonders hart. Denn die meisten Einfuhrerschwerungen richten sich gegen Fertigwaren, während die Rohstoffeinfuhr nur in seltenen Fällen unmittelbar betroffen ist.

In nachstehender Übersicht sind die wichtigsten einfuhrhemmenden Maßnahmen des Auslands seit Mitte 1931 zusammengestellt worden. Die aufgeführten Länder nehmen zusammen etwa 95 v. H. der deutschen Ausfuhr auf.

### Wichtige einfuhrhemmende Maßnahmen des Auslands seit Mitte 1931

Stand am 1. Dezember 1931

In dieser Übersicht sind lediglich die seit Mitte 1931 neu in Kraft getretenen Bestimmungen, nicht aber die älteren, zusammengestellt

Land	Datum	Art der Maßnahmen
<b>I. Aufhebung der Goldeinlösung, Valutaentwertung*)</b>		
Argentinien . . . . .	Ab Juli	Verschärfte Valutaentwertung
Brasilien . . . . .	„ „	desgl.
Uruguay . . . . .	„ „	Besonders verschärfte Valutaentwertung
Mexiko . . . . .	Anfg. August	Aufhebung der Goldwährung, Entwertung des Peso
Venezuela . . . . .	Ende Sept.	Verschärfte Valutaentwertung
Ecuador . . . . .	„ „	Leichte Valutaentwertung
Großbritannien . .	21. IX.	Aufhebung des Goldstandards; Pfundentwertung
Portugal . . . . .	24. IX.	Aufhebung des Goldstandards und Escudoentwertung (im Ausmaß der Pfundentwertung)
Australien . . . . .	21. IX.	Neue Entwertung im Ausmaß der englischen Pfundentwertung
Neuseeland . . . . .	21. IX.	desgl.
Britisch-Indien . . .	24. IX.	Aufhebung der Goldeinlösung, Entwertung der Rupie
*) außerdem: Österreich: (Ende November) an einzelnen Börsenplätzen (insbes. London) erhebliches Disagio.		

Land	Datum	Art der Maßnahmen
Dänemark . . . . .	22. IX.	Goldausfuhrverbot
Ägypten . . . . .	26. IX.	Goldausfuhrverbot, Entwertung des ägyptischen Pfundes am 21. IX.
Bolivien . . . . .	26. IX.	Aufhebung des Goldstandards, Entwertung des Boliviano um 20 v.H.
Schweden . . . . .	28. IX.	Aufhebung des Goldstandards, Goldausfuhrverbot, Entwertung der Krone ähnlich wie die des englischen Pfunds
Norwegen . . . . .	28. IX.	Aufhebung des Goldstandards, Goldausfuhrverbot, Entwertung der Krone stärker als die der schwedischen Krone
Dänemark . . . . .	28. IX.	Aufhebung des Goldstandards
Finnland . . . . .	13. X.	Aufhebung des Goldstandards, Entwertung der Finnmark
Kanada . . . . .	20. X.	Goldausfuhrverbot mit vorhergehender Entwertung des kanadischen Dollars

## II. Devisenbewirtschaftung

Großbritannien . .	22. IX.	} Devisenordnungen ohne besondere Bestimmungen über die Einfuhr
Italien . . . . .	29. IX.	
Schweden . . . . .	24. XI.	
Dänemark . . . . .	21. XI.	
Griechenland . . . .	28. IX.	
Britisch-Indien . . .	. <sup>1)</sup>	
Argentinien . . . . .	10. X.	
Chile . . . . .	30. VII.	
Uruguay . . . . .	24. XI.	
Südafr. Union <sup>2)</sup> . .	} In Vorbereitung	
Tschechoslowakei .	3. X.	} Devisenordnungen mit allgemeinen Bestimmungen über Devisenzuteilung für Importzwecke
Jugoslawien . . . . .	7. X.	
Brasilien . . . . .	28. IX.	
Bulgarien . . . . .	17. X.	Devisenordnung schließt die Zuteilung für einzelne Waren aus
Österreich . . . . .	9. X.	} Devisenordnung oder Devisenbewirtschaftung, die Zuteilung nur für dringend notwendige Einfuhrwaren zulassen oder für bestimmte Waren ausschließen
Ungarn . . . . .	. <sup>1)</sup>	
Finnland . . . . .	3. XI.	
Estland . . . . .	10. XI.	
Lettland . . . . .	. <sup>1)</sup>	
Persien . . . . .	. <sup>1)</sup>	} Devisenbewirtschaftung ist mit Einfuhrkontrolle oder Außenhandelsmonopol verbunden
Rußland (UdSSR) .	. <sup>1)</sup>	
Estland . . . . .	10. XI.	
Spanien . . . . .	3. X.	
Türkei . . . . .	. <sup>1)</sup>	

<sup>1)</sup> Der genaue Zeitpunkt des Beginns läßt sich nicht angeben, da die bestehenden Bestimmungen (Stand vom 1. 12. 31) meist erst nach und nach die augenblickliche Form angenommen haben. <sup>2)</sup> Devisenabgabe faktisch beschränkt.

## III. Außenhandelsregelung

(Einfuhrmonopole usw.)

Jugoslawien . . . . .	17. VII.	Außenhandelsmonopol für Getreide und Mehl
Spanien . . . . .	3. X.	Staatliche Regelung der gesamten Einfuhr
Estland . . . . .	5. XI.	Einfuhrmonopol für Agrarerzeugnisse, Steinkohlen, Petroleum
	10. XI.	Einschränkung der Einfuhr von Luxuswaren
	11. XI.	Ausdehnung des Einfuhrmonopols auf zahlreiche Fertigwaren
Türkei . . . . .	Ende Nov.	Staatliche Regelung eines großen Teils der Einfuhr
Estland . . . . .	} geplant	Ausfuhrmonopol
Österreich . . . . .		Regelung der Vieheinfuhr

Land	Datum	Art der Maßnahmen
<b>IV. Einfuhrverbote</b>		
Polen . . . . .	Ende August	Wichtige Düngemittel
Brasilien . . . . .	5. X.	Ausdehnung des Einfuhrverbots für Maschinen
Kolumbien . . . . .	16. X.	Zahlreiche Luxuswaren
Island . . . . .	23. X.	Zahlreiche Textilwaren und Luxuswaren
Dänemark . . . . .	Ende Nov.	Schaumweine, Liköre
<b>V. Einfuhrkontingentierung</b>		
Tschechoslowakei .	2. VII.	Getreide, Mehl
Osterreich . . . . .	Ende Juli 28. VII.	Vieh und Fleisch aus Rumänien Holz und Gerste aus der Tschechoslowakei
Belgien . . . . .	1. X.	Kohleneinfuhr aus Deutschland
Frankreich . . . . .	Ende Sept. 1. X. 6. X. 31. X.	Holz Molkereierzeugnisse, Fleisch und Fleischwaren Spanische Weine Fische
Lettland . . . . .	Ende Oktober	Glaswaren, Zement, elektrische Glühbirnen, Leder für Schuhzeug, Radioapparate
Estland . . . . .	10. XI.	Luxuswaren
Türkei . . . . .	15. XI.	Zahlreiche Waren
Schweiz . . . . .	geplant	Waren aus Deutschland
Griechenland . . . .		Zahlreiche Waren
Tschechoslowakei .		Zahlreiche Waren
Lettland . . . . .		Ausdehnung der Einfuhrkontingentierung
Türkei . . . . .		Ausdehnung der Einfuhrkontingentierung
<b>VI. Wichtige Zollerhöhungen</b>		
Paraguay . . . . .	1. VIII.	10 bis 40 v.H. auf zahlreiche Waren
Uruguay . . . . .	27. VIII. 10. IX.	50 v.H. auf zahlreiche Waren 25 v.H. auf Luxuswaren und gewisse im Inland nicht herstellbare Erzeugnisse
Britisch-Indien . . .	30. IX.	Auf Maschinen, Kunstseidengewebe, Schuhwaren und zahlreiche andere Fertigwaren
Argentinien . . . . .	21. IX. 8. X.	Auf etwa 400 Waren Zusätzliche Wertzölle von 10 v.H.
Italien . . . . .	25. IX.	Zusätzliche Wertzölle von 15 v.H.
Polen . . . . .	26. IX.	Auf zahlreiche Waren
Uruguay . . . . .	27. IX.	25 v.H. auf zahlreiche Waren
Kolumbien . . . . .	29. IX.	Bis zu 100 v.H. auf zahlreiche Fertigwaren
Litauen . . . . .	Mitte Oktober	20 bis 100 v.H. auf alle Waren
Südafr. Union . . . .	Mitte Oktober	5 v.H. auf alle Waren
Dänemark . . . . .	16. X.	10 v.H. auf wichtige Fertigwaren
Rumänien . . . . .	24. X.	Auf Zellulosepapier
Neuseeland . . . . .	3. XI.	Auf zahlreiche Waren

Land	Datum	Art der Maßnahmen	
Finnland . . . . .	14. XI.	Auf zahlreiche Fertigwaren	
Großbritannien . .	25. XI.	Auf zahlreiche Fertigwaren	
Kanada . . . . .	Ende Nov.	Zollzuschläge	
Dänemark . . . . .	Ende Nov.	Auf Luxuswaren	
Bulgarien . . . . .	Ende Nov.	Auf zahlreiche Rohstoffe und Halbfabrikate	
Frankreich . . . . .	geplant	15 v.H. auf schwedische, britische und dänische Waren, 8 v. H. auf norwegische, argentinische und britisch-indische Waren	
Niederl.-Indien . .		Von 6 bis 13,2 v.H. auf 7,2 bis 14,4 v.H. des Einfuhrwertes	
Uruguay . . . . .		Allgemeine Zollerhöhung	
Belgien . . . . .		Auf mehrere Waren (insbesondere agrarische Erzeugnisse)	
China . . . . .		10-prozentige Zollzuschläge ab 1. 12. 1931	
Niederlande . . . .		Auf zahlreiche Waren	
Schweden . . . . .		Auf verschiedene Waren	
Großbritannien . .		Auf zahlreiche Fertigwaren und landwirtschaftliche Veredelungsprodukte	
V. St. v. Amerika . .		Ausgleichszölle gegen englische Waren	
Japan . . . . .		Allgemeine Zollerhöhung	
Jugoslawien . . . .		Allgemeine Zollerhöhung	
Griechenland . . .		Zollerhöhungen auf zahlreiche Waren	
Türkei . . . . .		Auf Baumwollgewebe	
<b>VII. Verwendungszwang für inländische Erzeugnisse</b>			
Italien . . . . .		Anfang Juli	Vermahlungszwang von 95 v.H. Inlandsweizen
Bulgarien . . . . .	Mitte Oktober	Handelsmonopol für Weizen und Roggen	
Finnland . . . . .	Mitte Oktober	Beimischungszwang für Roggen	
Lettland . . . . .	1. XI.	Kaufzwang für einheimischen Zucker (10 t auf 1 t eingeführten Zucker)	
Großbritannien . . .	geplant	Vermahlungszwang für inländisches Getreide	
<b>VIII. Sonstige einfuhrhemmende Maßnahmen</b>			
Argentinien . . . . .	8. VIII.	Anti-Dumping-Verordnung	
Polen . . . . .	1. VIII.	Errichtung eines Getreideexportbüros, Ausfuhrprämien für Roggen, Gerste und Weizen	
	1. X. Anfang Nov.	Ausfuhrprämien für Bacon, Fleisch, Fleischerzeugnisse Ausfuhrprämien für Kohlen	
Niederlande . . . . .	geplant	Anti-Dumping-Maßnahmen	
Frankreich . . . . .		Neue Anti-Dumping-Maßnahmen Importgebühren (für Rohstoffe 2 v.H., für Halbfabrikate 4 v.H., und Fertigwaren 6 v.H.)	
Dänemark . . . . .		Einfuhrbegrenzung von Luxuswaren.	
Schweiz . . . . .		Einfuhrbeschränkungen	

# KONJUNKTUR-KARTEI

## Ausland

### Belgien

2. 12. 31 (8. 7. 31)

Der konjunkturelle Rückgang hat sich — nach einer vorübergehenden Besserung im Frühjahr — fortgesetzt. Da etwa ein Drittel der industriellen Produktion im Ausland abgesetzt wird, hat sich die Lage der belgischen Wirtschaft infolge der Weltkrise erheblich verschlechtert. Als besonders erschwerend kommt hinzu, daß etwa ein Fünftel der Ausfuhr nach Großbritannien geht.

Die industrielle Produktion ist weiter zurückgegangen; die Arbeitslosigkeit nahm beträchtlich zu. Lediglich einige Industrien (Glasindustrie, Baugewerbe und Baustoffindustrien) konnten ihre Produktion einigermaßen aufrecht erhalten. In der Eisen- und Stahlindustrie wurde die Produktion sogar gesteigert, um bei einer Erneuerung der Internationalen Rohstoffgemeinschaft eine höhere Quote beanspruchen zu können; indes konnte der Absatz, soweit nicht ohnehin auf Lager gearbeitet wurde, nur durch Verlustpreise erkaufte werden. Im Kohlenbergbau wurde die Förderung eingeschränkt. Die Haldenbestände erreichten Ende August 3,4 Mill. t, d. h. das 1½-fache einer Monatsförderung. Die Kohleneinfuhr wurde kontingentiert.

Die Außenhandelsumsätze sind auf etwa die Hälfte des Wertes von Mitte 1929 (Hochkonjunktur) zurückgegangen.

### Türkei

2. 11. 31 (12. 8. 31)

Der Wert der Ausfuhr blieb in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres um 17 v.H. hinter dem Vorjahrsumfang zurück. Die Ausfuhr von Tabakblättern war in den Monaten Januar bis August um 43 v.H., die Ausfuhr von Rohbaumwolle um 66 v.H. niedriger als im Jahr 1930 (mengenmäßig waren die Rückgänge geringer). Bei anderen wichtigen Ausfuhrwaren (Haselnüssen, Rosinen, Olivenöl, Opium, Wolle) konnte dagegen die vorjährige Ausfuhr wertmäßig übertroffen werden.

Der Wert der Einfuhr dagegen, der schon im Jahre 1930 gegenüber dem Jahre 1929 ungefähr auf die Hälfte zurückgegangen war, hat sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr nur um etwa 4 v.H. vermindert. Um einer weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz vorzubeugen, wurde die Einfuhr gesetzlich auf die Vorjahrmengen beschränkt. Die für die türkische Industrie notwendigen Rohstoffe sind von dieser Einfuhrdrosselung befreit.

Infolge des Beitritts der Türkei zur Opiumkonvention muß die Opiumproduktion stark vermindert werden. Die Tabakernte wird auf 80 bis 90 v.H. des Vorjahrsumfangs geschätzt; die Preise sind gedrückt.

Das englische Pfund wurde als Stabilisierungsgrundlage des türkischen Pfundes durch den französischen Franc ersetzt.

## Die Beschäftigung der Angestellten

Im Oktober hat sich die Zahl der beschäftigten Angestellten besonders scharf vermindert. Der Rückgang war in den Produktionsgüterindustrien fast dreimal so stark wie in den Verbrauchsgüterindustrien. In der Bauwirtschaft ist die Zahl der beschäftigten Angestellten stärker als in früheren Monaten gesunken. Auch im Steinkohlenbergbau, im Maschinenbau, Waggonbau, in der Großeisenindustrie, in den Eisengießereien sowie im Druckgewerbe ist die Beschäftigung der Angestellten beträchtlich eingeschränkt worden. Geringer war der Rückgang bei den Metallhütten,

in der Leder- und Papiererzeugung sowie im Braunkohlenbergbau.

Bei den Verbrauchsgüterindustrien ist im Gegensatz zur Beschäftigung der Arbeiter, die in einer Reihe von Industriezweigen saisonmäßig zugenommen hat, die Zahl der beschäftigten Angestellten in fast allen Branchen gesunken, jedoch weniger stark als in den Produktionsgüterindustrien. Eine Ausnahme machen lediglich die Hut- und Lederwarenindustrie sowie die Industrien für photographische Apparate und Metallkurzwaren.

### Ergebnisse der Industrieberichterstattung<sup>1)</sup>

Monat	Produktionsgüterindustrien <sup>2)</sup>	davon							Verbrauchsgüterindustrien <sup>3)</sup>	davon					Gesamte Industrie
		Kraftstoffe <sup>4)</sup>	Großeisenindustrie	N. E. Metallhütten und Walzwerke	Maschinenbau	Elektrotechnik	Fahrzeugbau <sup>5)</sup>	Bauwirtschaft <sup>6)</sup>		Textilindustrie	Industrien für Hausra- und Wohnbedarf <sup>7)</sup>	Industrien für Kultur- und Luxusbedarf <sup>8)</sup>	Nahrungsmittelindustrien <sup>9)</sup>	Genüßmittelindustrien <sup>10)</sup>	
<b>Zahl der beschäftigten Angestellten in v.H. der Angestelltenplatzkapazität</b>															
<b>1930</b>															
Juni .....	84,1	95,0	88,5	88,4	87,1	90,0	75,9	77,1	84,1	88,4	81,4	80,8	84,8	84,8	84,1
Juli .....	83,3	94,2	87,5	83,7	85,9	88,8	74,1	76,6	83,3	87,3	81,5	79,9	84,4	84,6	83,3
August ..	83,0	94,0	91,7 <sup>11)</sup>	83,3	84,2	88,1	73,1	77,0	82,8	87,0	81,2	79,5	84,4	84,5	82,9
September	81,9	93,5	91,1	83,1	82,8	85,7	71,2	75,7	82,2	86,9	80,7	79,7	84,7	84,1	82,0
Oktober ..	80,6	92,3	89,6	81,8	81,3	84,2	68,9	74,6	81,3	86,3	79,6	79,5	84,1	83,7	80,9
<b>1931</b>															
Juni .....	73,1	86,4	79,8	78,5	73,5	79,9	66,2	63,0	77,6	84,0	72,2	76,8	82,4	81,2	75,1
Juli .....	71,5	84,5	77,7	77,6	72,0	79,3	64,3	60,9	67,7	83,1	71,3	76,0	82,0	81,6	73,8
August ..	70,8	84,2	77,3	77,5	71,2	79,0	63,6	59,8	76,4	83,1	71,1	75,8	81,7	80,9	73,2
September	69,3	84,0	76,4	76,5	69,4	78,4	62,1	57,5	75,8	83,2	70,6	74,7	81,6	79,8	73,1
Oktober*)	66,2	81,3	74,5	75,0	67,1	.	59,3	52,2	74,7	82,4	68,8	73,1	81,4	78,7	69,8

<sup>1)</sup> Die Angaben für die einzelnen Industriezweige und -gruppen sind nur in ihrer Bewegung, nicht in ihrer absoluten Höhe voll miteinander vergleichbar. — <sup>2)</sup> Diese Gruppe umfaßt außer den einzeln aufgeführten noch eine große Anzahl anderer Industriezweige; die Ergebnisse hierfür werden nach und nach veröffentlicht. — <sup>3)</sup> Stein- und Braunkohlenbergbau. — <sup>4)</sup> Ohne Waggon- und Schiffbau. — <sup>5)</sup> Baugewerbe und Baustoffindustrien. — <sup>6)</sup> Textilindustrie, Bekleidungsindustrie und die unter 7 bis 10 genannten Industriezweige sowie Kraft- und Fahrradindustrie. — <sup>7)</sup> Möbel, Stühle, Eisenmöbel, Möbelbeschläge, Beleuchtungskörper, Haus- und Küchengeräte, Aluminiumwaren, Haushaltungsmaschinen, Alpakabestecke, Messing- und Nickelwaren, Metallkurzwaren, Geschirrsteingut, Weißhohlglas, Uhren, Kunstleder, Holzwaren, Wachswaren. — <sup>8)</sup> Lederwaren, Pianos, Photographische Apparate, Funkgerät, Edelmetall- und Schmuckwaren, Spielwaren, Papierwaren, Kosmetik. — <sup>9)</sup> Mühlen, Fleischwaren, Teigwaren, Ölmühlen, Margarine, Stärke, Obst- und Gemüsekonserven, Zuckerraffinerien, Süßwaren, Fischräucherei. — <sup>10)</sup> Brennerei- und Likörfabriken, Brauereien, Mälzereien, Sektellereien, Zigarren, Zigaretten, Rauch- und Kautabak. — <sup>11)</sup> Änderung des Tarifvertrages. — \*) Vorläufig.

**WÖCHENTLICHE ZAHLENÜBERSICHT**

Berlin, den 2. Dezember 1931

Gegenstand	Einheit	Vorjahr								Gegenwart							
		6.-11. Okt. 1930	13.-18. Okt. 1930	20.-25. Okt. 1930	27. Okt. bis 1. Nov. 1930	3.-8. Nov. 1930	10.-15. Nov. 1930	17.-22. Nov. 1930	24.-29. Nov. 1930	5.-10. Okt. 1931	12.-17. Okt. 1931	19.-24. Okt. 1931	26.-31. Okt. 1931	2.-7. Nov. 1931	9.-14. Nov. 1931	16.-21. Nov. 1931	23.-28. Nov. 1931
		41	42	43	44	45	46	47	48	41	42	43	44	45	46	47	48
<b>1. Tätigkeitsgrad</b>																	
Arbeitslosigkeit																	
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung	1000	—	1491,0	—	1562,0	—	1661,0	—	1787,9	—	1141,6	—	1184,7	—	—	1247,7*	—
i. d. Krisenunterstützung	"	—	488,9	—	510,5	—	537,7	—	566,1	—	1292,2	—	1350,3	—	—	1382,9*	—
zusammen	"	—	1979,9	—	2072,5	—	2198,7	—	2354,0	—	2433,8	—	2535,0	—	—	2630,7*	—
Gesamtzahl der Arbeitslosen <sup>1)</sup>	"	—	3117,0	—	3253,0	—	3484,0	—	3699,0	—	4483,6	—	4623,5	—	—	4843,5*	—
Arbeitslosigkeit, Großbritannien <sup>2)</sup>	"	2176,2	2188,7	2199,3	2237,5	2263,1	2261,8	2286,0	2286,5	2791,5	2766,7	2737,9	2726,1	2710,9	2683,9	2648,4	.
Produktion, arbeitstäglich																	
Steinkohle im Ruhrrevier	1000 t	338,2	329,2	332,8	320,0	337,8	331,9	355,9	331,4	271,1	270,4	262,1	271,3	276,8	273,9	287,6	.
Steinkohle in Deutsch-Oberschl.	"	62,5	64,2	62,3	65,2	63,1	65,0	65,5	67,9	60,7	61,3	58,2	60,2	60,2	62,8	62,4	.
Kokserzeugung im Ruhrrevier	"	65,8	65,7	65,8	65,2	62,6	63,1	62,9	62,3	47,1	45,9	44,4	45,5	44,7	45,2	44,0	.
Steinkohle, Großbritannien <sup>3)</sup>	"	796,6	795,3	795,6	783,8	792,6	833,6	853,4	868,0	768,2	752,6	756,5	749,4	757,7	752,5	.	.
Verkehr, arbeitstäglich																	
Wagengestellung der Reichsb.	1000	137,1	143,7	143,3	137,0	138,9	139,5	139,6	135,2	121,7	127,5	128,8	126,6	127,6	124,5	123,9	.
Kreditsicherheit, arbeitstäglich																	
Wechselproteste <sup>4)</sup>	Zahl	303	259	289	197	251	239	271	253	438	355	355	229	239	245	267	.
1000 RM	"	381	325	339	244	303	296	355	299,8	542	462	458	272	317	294	323	.
Vergleichsverfahren	Zahl	16	17	20	16	20	21	20	17	37	32	36	43	37	38	44	36
Konkurse	"	33	34	32	31	33	34	34	37	52	50	53	52	50	46	54	53
Notenbanken <sup>5)</sup>																	
Gold- und Devisenbestand	Mill. RM	2672	2447	2435	2471	2492	2758	2782	2797	1009 <sup>10)</sup>	943 <sup>10)</sup>	937 <sup>10)</sup>	925 <sup>10)</sup>	911 <sup>10)</sup>	844 <sup>10)</sup>	831 <sup>10)</sup>	.
davon Reichsbank	"	2579	2354	2343	2379	2399	2666	2690	2705	941 <sup>10)</sup>	875 <sup>10)</sup>	868 <sup>10)</sup>	856 <sup>10)</sup>	843 <sup>10)</sup>	770 <sup>10)</sup>	757 <sup>10)</sup>	.
Notenbankkredite <sup>6)</sup>	"	2248	2282	2150	2791	2432	1918	1828	2497	4457 <sup>11)</sup>	4597 <sup>11)</sup>	4371 <sup>11)</sup>	4829 <sup>11)</sup>	4524 <sup>11)</sup>	4477 <sup>11)</sup>	4354 <sup>11)</sup>	.
davon Reichsbank	"	2099	2133	2000	2642	2280	1763	1672	2341	4315 <sup>11)</sup>	4452 <sup>11)</sup>	4220 <sup>11)</sup>	4668 <sup>11)</sup>	4362 <sup>11)</sup>	4314 <sup>11)</sup>	4193 <sup>11)</sup>	.
Depositen (tägl. fällt. Verbindlk.)	"	447	461	536	476	411	383	512	644	592	644	587	610	500	505	519	.
davon Reichsbank	"	347	355	420	383	314	282	402	381	500	551	485	518	399	407	424	.
Bundes Reserve Banken U.S.A.																	
Diskontierte Wechsel	Mill. \$	173,2	210,4	192,0	201,6	212,8	191,7	205,0	233,9	463,4	627,6	698,3	716,7	705,2	683,8	662,0	686,5
Regierungssicherheiten	"	600,4	601,6	602,0	601,4	601,5	601,3	595,8	595,6	738,3	727,4	727,0	727,0	727,7	727,5	727,1	727,1
Zahlungsverkehr																	
Geldumlauf	Mill. RM	6050	5714	5469	6268	5915	5646	5443	6193	6186	6176	5987	6477	6221	6132	5914	.
davon Reichsbanknoten	"	4489	4181	3975	4665	4363	4123	3947	4590	4490	4494	4339	4713	4505	4422	4248	.
Postscheckverkehr (Lastschrift.)	"	1385	1405	1314	1432	1334	1293	1133	1579	1250	1325	1071	1238	1117	1181	1019	.
Postscheckguthaben (Bestände)	"	580	540	583	526	560	536	551	518	537	510	482	475	525	505	495	.
<b>2. Wertbewegung</b>																	
Zinssätze																	
Reichsbankdiskont	% p. a.	5	5	5	5	5	5	5	5	8	8	8	8	8	8	8	8
Debetzinsen <sup>7)</sup> der Stempel-Kreditzinsen <sup>8)</sup> vereinigung	"	8	8	8	8	8	8	8	8	12	12	12	12	12	12	12	12
Tagesgeld	"	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	5	5	5	5	5	5	5	5
Monatsgeld	"	4,79	5,45	4,23	6,27	6,70	5,13	5,29	5,42	9,52	9,55	9,21	9,27	9,35	8,99	9,11	9,12
Privatdiskont	"	5,84	6,53	6,48	6,60	6,67	6,60	6,57	6,86	9,69	9,69	9,69	9,65	9,70	10,00	10,00	10,00
Warenwechsel mit Bank giro	"	4,38	5,00	4,93	4,88	4,82	4,71	4,74	4,88	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00	8,00
Reportgeld	"	4,70	5,49	5,45	5,50	5,50	5,34	5,31	5,36	8,81	8,81	8,81	8,81	8,75	8,75	8,75	8,75
Rendite der 5% Goldpfandbr.	"	6,14	6,15	6,14	6,14	6,14	6,14	6,14	6,13	—	—	—	—	—	—	—	—
" 6% "	"	7,10	7,18	7,17	7,18	7,18	7,17	7,17	7,19	—	—	—	—	—	—	—	—
" 7% "	"	7,62	7,72	7,65	7,67	7,68	7,68	7,68	7,69	—	—	—	—	—	—	—	—
" 8% "	"	8,22	8,32	8,25	8,23	8,23	8,23	8,23	8,24	—	—	—	—	—	—	—	—
Call money New York	"	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	1,67	2,20	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50	2,50
Privatdiskont London	"	2,11	2,10	2,07	2,06	2,12	2,23	2,21	2,18	5,70	5,74	5,68	5,62	5,66	5,76	5,77	5,82 <sup>9)</sup>
" Zürich	"	1,31	1,31	1,25	1,25	1,19	1,13	1,13	1,13	1,88	1,94	1,94	1,88	1,81	1,75	1,75	1,75
" Amsterdam	"	1,71	1,46	1,36	1,46	1,34	1,20	1,24	1,23	2,54	2,58	2,79	2,96	2,39	1,68	1,18	1,00
Devisenkurse in Berlin																	
New York	RM je \$	4,2025	4,2054	4,1970	4,1966	4,1970	4,1966	4,1960	4,1947	4,2130	4,2130	4,2130	4,2130	4,2130	4,2130	4,2130	4,2130
London	RM je £	20,42	20,43	20,40	20,39	20,38	20,38	20,38	20,37	16,21	16,31	16,30	16,25	15,86	15,93	15,86	15,25
Paris	RM je 100fr	16,49	16,49	16,47	16,47	16,48	16,49	16,48	16,48	16,71	16,68	16,65	16,61	16,60	16,57	16,52	16,49
Aktienindex																	
Gesamt	1924/26=100	94,3	93,9	97,4	95,7	94,4	93,5	91,8	88,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Bergbau- und Schwerindustrie	"	90,2	90,8	94,0	91,6	89,3	86,9	82,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verarbeitende Industrie	"	82,8	82,2	86,2	84,7	83,4	82,4	81,0	78,4	—	—	—	—	—	—	—	—
Handel und Verkehr	"	117,8	116,8	119,8	118,6	117,2	116,5	115,0	112,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Warenpreise																	
Indexziffern																	
Reagible Waren <sup>9)</sup>	1913 = 100	90,1	87,3	88,6	87,9	87,4	86,4	87,0	85,5	57,6	59,3	58,8	60,2	60,0	60,8	60,2	58,8
Großhandelspreise (gesamt)	"	120,4	120,0	119,8	120,6	120,8	120,5	120,1	119,5	107,3	106,7	107,3	107,4	107,3	107,0	106,6	106,2
Agrarstoffe	"	109,3	109,0	109,0	111,0	112,3	112,9	111,8	111,2	99,0	97,4	98,7	99,6	99,6	98,8	98,3	98,0
Industr. Rohstoffe u. Halbwaren	"	114,7	114,1	113,9	114,0	113,6	112,9	113,3	112,7	99,3	99,4	99,7	99,5	99,5	99,6	99,3	98,8
" Fertigwaren	"	147,3	146,7	146,4	146,3	145,8	145,1	144,5	144,1	133,7	133,5	133,3	133,0	132,6	132,2	132,0	131,6
Produktionsgüter	"	137,1	137,0	136,7	136,7	136,3	136,3	135,8	135,6	130,3	130,3	130,1	129,9	129,6	129,3	129,2	129,0
Verbrauchsgüter	"	155,0	154,1	153,8	153,5	153,0	151,7	151,0	150,5	136,3	136,0	135,7	135,3	134,8	134,4	134,1	133,6
Großhandelsindex:																	
Ver. St. v. Amerika (Fisher)	1926 = 100	82,9	82,7	82,7	82,4	82,2	82,2	80,8	80,6	68,1	68,2	68,5	68,5	68,3	68,5	68,6	67,8
Großbritannien (Fin. Times)	1913 = 100	103,5	102,8	103,3	103,4	103,2	103,1	103,0	102,0	92,4	93,2	94,1	95,1	95,1	96,2	95,4	94,9
Großhandelspreise																	
Roggen, märk., Berlin, prompt	je 1000 kg	148,3	143,1	145,8	149,0	151,2	154,3	152,4	148,3	186,7	187,2	186,2	191,7	199,0	196,2	199,2	198,2
Rinder, Lebendgewicht, Berlin	je 50 kg	49,9	49,0	49,2	49,9	50,1	49,8	49,3	50,4	31,8	33,1	32,9	31,6	31,6	31,9	32,5	32,9
Rindshäute, südäm., Hamburg	je 1/2 kg	0,75	0,74	0,75	0,74	0,74	0,74	0,72	0,71	0,46	0,46	0,47	0,47	0,48	0,50	0,52	0,51
Maschinengußbruch, la, Essen	je t	61,0	60,5	60,5	60,5	60,0	60,0	59,0	58,50	39,0	39,0	39,0	41,0				